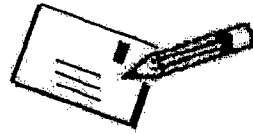


An den  
Deutschen Bundestag  
Petitionsausschuss  
Platz der Republik 1



Datum: 1. Okt. 2008

11011 Berlin

## Online - Petition an den Deutschen Bundestag

### Persönliche Daten

Die mit \*gekennzeichneten Felder müssen ausgefüllt werden, da ohne sie eine Petitionsbearbeitung nicht möglich ist.

*Anrede	Herr <input checked="" type="checkbox"/>	Frau <input type="checkbox"/>
*Name	Wolf	
*Vorname	Michael	
Titel	Geschäftsführer	
<b>Anschrift:</b>		
*Ort	Potsdam-Babelsberg	
*PLZ	14482	
*Straße	Ahornstr. 28-32	
Land/Bundesland	Brandenburg	
Telefon	03317468322	Fax 03317468108
E-Mail		

Nur wenn Sie als Vertreter einer anderen Person eine Petition einreichen, geben Sie bitte nachfolgend auch deren persönliche Daten an. Bitte füllen Sie dann mindestens die mit einem \* gekennzeichneten Felder aus.

Ich gebe diese Petition als Vertreter für folgende Person ab:

\*Anrede

Herr

Frau

\*Name

\*Vorname

Titel

**Anschrift:**

\*Ort

\*PLZ

\*Straße

Land/Bundesland

Telefon

Fax

E-Mail

Über welche Entscheidung/welche Maßnahme/welchen Sachverhalt wollen Sie sich beschweren? (Kurze Umschreibung des Gegenstands Ihrer Petition – 500 Zeichen zulässig)

1993 erwarb Maximum Industrie-u.Gewerbeholding GmbH von Maschinenbau Babelsberg GmbH ca. 1/3 deren Firmengeländes und Teile des Anlagevermögens. Verhandlungsführer auf Verkäuferseite war die Treuhandanstalt. Der Vertrag kam aufgrund arglistiger Täuschung zustande, weil der Vertragspartner vor Unterzeichnung des Kaufvertrages wußte, dass die Stadt Potsdam eine die vorgesehene wirtschaftliche Grundstücksnutzung hindernde Entwicklungssatzung geplant hatte, darüber aber die Käuferin nicht informierte

Was möchten Sie mit Ihrer Bitte/Beschwerde erreichen? (500 Zeichen zulässig)

Feststellung, daß die damalige Treuhandanstalt bei Abschluss des Kaufvertrages die Maximum Industrie- und Gewerbeholding GmbH, deren Geschäftsführer ich bin, arglistig getäuscht hat, indem sie nicht über die die wirtschaftliche Nutzung des Grundstücks hindernde geplante Entwicklungssatzung informiert hat. Der Kaufvertrag wurde deshalb fristgerecht angefochten.

Gegen wen, insbesondere welche Behörde/Institution richtet sich Ihre Beschwerde? (500 Zeichen zulässig)

Die Beschwerde richtet sich gegen die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben als Rechtsnachfolgerin der Treuhandanstalt.

Muss nach Ihrer Vorstellung ein Gesetz/eine Vorschrift geändert/ergänzt werden? Wenn ja, welche(s)? (500 Zeichen zulässig)

Nein.

Bitte geben Sie eine kurze Begründung für Ihre Bitte/Beschwerde:

Der verhandlungsführenden Treuhandanstalt war bekannt, daß schon am 28.4.1993, dem zweiten Tag der Beurkundung des oben genannten Kaufvertrags, die Sitzung des Stadtrats der Landeshauptstadt Potsdam stattfinden sollte, in der formell die Einleitungsmaßnahmen für eine Entwicklungssatzung für das Gelände der Maschinenbau Babelsberg beschlossen werden sollte. Zudem war der Treuhandanstalt bekannt, daß am 5.7.1993, also nur etwas mehr als zwei Monate nach Beurkundung des Kaufvertrages aber noch vor der am 14.7.1993 erfolgten Genehmigung des notariellen Vertrages durch Herrn [REDACTED], der für den Verkäufer bei der Beurkundung als Vertreter ohne Vertretungsmacht aufgetreten war, der Beschluss zur Durchführung von vorbereitenden Untersuchungen zum städtebaulichen Entwicklungsbereich Potsdam-Babelsberg gefaßt wurde. Dies ist der Zeitpunkt, von dem an eine Entwicklungsmaßnahme mit hinreichender Wahrscheinlichkeit in Aussicht steht. Von nur unverbindlichen Überlegungen der Stadt Potsdam kann daher keine Rede sein, zumal ein Verfahren dieser Größenordnung für ein zentral in Potsdam gelegenes Gebiet umfangreiche Vorbereitungen und Ermittlungen voraussetzt. Daher waren die Auswirkungen der Entwicklungssatzung auf das zu verkaufende Grundstück bekannt.

Die Maximum Industrie- und Gewerbeholding GmbH hatte in dem Vertrag weitreichende Verpflichtungen sowohl in finanzieller als auch in unternehmerischer Hinsicht übernommen. Neben der Kaufpreisverpflichtung von 22.590.000 DM und einer strafbewerten Beschäftigungsgarantie über zumindest 300 Vollzeitarbeitsplätze wurde eine Investitionsgarantie über 150 Millionen DM übernommen. Die Konsequenzen der Entwicklungssatzung haben in der Folge dazu geführt, daß die Maximum Industrie- und Gewerbeholding GmbH ihre auf dem fraglichen Grundstück geplanten unternehmerischen Vorhaben nicht verwirklichen konnte. Im Jahr 1998 mußte der gesamte Potsdamer Unternehmensbereich geschlossen werden. 485 Mitarbeiter wurden entlassen. Dies führte zu einem Verlust in Millionenhöhe.

In den bisherigen Gerichtsverfahren vor dem Kammergericht und dem BGH wurde dieser Umstand nicht berücksichtigt. Ziel dieser Petition ist jedoch nicht die - wegen des Gewaltenteilungsgrundsatzes nicht mögliche - Überprüfung der fraglichen Gerichtsentscheidungen, sondern eine Überprüfung des Geschäftsbarens der Treuhandanstalt und ihrer Rechtsnachfolgerin im konkreten Fall.

Wenn Sie in dieser Sache bereits andere Rechtsbehelfe (z.B. Widerspruch, Klage) eingelegt haben benennen Sie diese bitte und fügen Sie entsprechende Unterlagen in Kopie bei (z.B. Entscheidungen der betroffenen Behörde, Klageschriften, Urteile) oder reichen sie gesondert nach. (500 Zeichen zulässig)

In der Sache wurde erfolglos ein Rechtsstreit vor dem LG Berlin (9 O 371/00), dem KG Berlin (14 U 245/01) sowie dem BGH (V ZR 222/03) und nach Rückverweisung zum KG (14 U 136/04) und anschließend wieder vor dem BGH (V ZR 257/05) geführt. Die hiergegen am 31.8.06 eingereichte Verfassungsbeschwerde (Anlage) wurde mit Beschluß d. BVerfG v. 3.3.08 (2 BVR 1837/06) nicht zur Entscheidung angenommen. Mit Schrift vom 2.9.08 wurde daher Menschenrechtsbeschwerde (Anlage) zum EGMR (42609/08) eingelegt.

Von den allgemeinen Hinweisen zum Petitionsverfahren habe ich Kenntnis genommen.

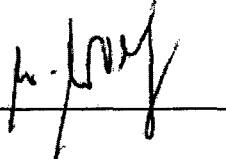
Ja

Ich bin mit der Nennung meines Namens einverstanden, falls der Petitionsausschuss meine Petition im Rahmen seiner Presse- und Öffentlichkeitsarbeit nutzt.

Ja

Nein

**Ihre Unterschrift unter der Petition ist wichtig, da ohne sie eine Petitionsbearbeitung nicht möglich ist.**

Potsdam, 01.10.2001 

Ort, Datum, Unterschrift

Bitte die Petition ausdrucken, unterschreiben und per Telefax (Fax: (030) 227 36027) oder Post an die oben angegebene Adresse senden.

**Weitere freiwillige Angaben:**

Mit Antworten auf die folgenden Fragen helfen Sie uns, unsere Arbeit weiter zu verbessern. Die Bearbeitung Ihrer Petition erfolgt selbstverständlich auch, wenn Sie diese Fragen nicht beantworten.

1. Wie haben Sie von der Möglichkeit erfahren, sich an den Petitionsausschuss zu wenden?

- über das Internet
- aus den Medien
- von Behörden
- von Bekannten
- sonstige

2. Wenn Sie uns bereits kennen, wie beurteilen Sie folgende Aussagen:

Der Petitionsausschuss...

	ja	nein	?
setzt sich voll für die Bürger ein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
arbeitet etwas umständlich	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
erledigt die Fälle rasch und unkompliziert	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
genießt in der Bevölkerung großes Ansehen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
wird von der Regierung nicht besonders ernst genommen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
kann sich nicht richtig durchsetzen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Wie schätzen Sie die Effizienz des Petitionsausschusses insgesamt ein?

- hoch
- mittel
- gering

4. Altersangabe (Einsenderin/Einsender):

- jünger als 20 Jahre
- zwischen 20 und 40 Jahre
- zwischen 40 und 65 Jahre
- über 65 Jahre

Herzlichen Dank für Ihre Mithilfe

Petitionsausschuss  
Deutscher Bundestag